

Erklärung des Bezirksvorstandes der DKP-Saarland

Die Krise trifft das Saarland – noch mehr Arbeitslosigkeit und mehr Sozialabbau! DKP: Der Mensch kommt vor dem Profit! Höchste Zeit für einen Richtungswechsel!

Der Kapitalismus steckt in einer seiner tiefsten Krisen. Die jetzige Krise kam nicht überraschend, so wie es von den Herrschenden dargestellt wird. Sie ist auch nicht auf menschliches Versagen oder fehlende Moral zurückzuführen. Sie gehört zum Kapitalismus, zu seiner Funktionsweise.

Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt, als sich die Banken- und Finanzkrise mit der zyklischen Krise der kapitalistischen Produktion verflochten hat. Die globale Überproduktion hatte sich hinter der ungeheuren Ausdehnung des Finanzsektors und schuldenfinanzierten Konsums versteckt. Mit dem Platzen der Immobilien-Spekulationsblase kam diese Krise zur Wirkung und führt mit einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit rund um den Globus und quer durch alle Industriesektoren zu Produktionseinstellungen, Pleiten und Entlassungen. Ein Ende ist nicht absehbar. Damit bricht wieder eine ideologische, politische und ökonomische Konzeption des Kapitalismus, die als „Neoliberalismus“ von CDU, SPD, FDP, Grüne und der bürgerlichen Wissenschaftsstrategen zusammen mit den bestimmenden Kräften des Kapitals als der Weisheit letzter Schluss propagiert wurde, in sich zusammen wie ein Kartenhaus - auch im Saarland.

So wie die Bundesregierung keine nachvollziehbare Strategie für die Lösung der Probleme im internationalen wie im nationalen Rahmen hat, so wenig haben CDU, SPD, FDP und GRÜNE im Saarland eine Strategie oder ein tragfähiges Konzept für die Überwindung der Krise hier. Es fängt schon damit an, dass es an jeglicher Analyse fehlt, wie

sich die Krise auf die Lebensverhältnisse der Saarländer auswirken wird.

Kern der CDU-Regierungspolitik und der Politik der übrigen Landtagsparteien ist auf das Prinzip Hoffnung und auf die Wiederauferstehung all dessen ausgerichtet, was gerade kollabiert ist. Es wird die Illusion vom raschen Ende der Krise verbreitet.

Es wird verharmlost. Mit der sogenannten „Schuldenbremse“ ab 2019, der die Müller-Regierung zustimmen und so etwas sogar in



Konstantin Wecker kommt am 19. Juni 20.00 Uhr

FEST DER SOLIDARITÄT
19.-21. Juni 2009
Dortmund
Revierpark Wischlingen

UZ PRESSEFEST
19.-21. Juni 2009
Dortmund
Revierpark Wischlingen
FEST DER SOLIDARITÄT DKP

der Landesverfassung verankern will, droht ein Sozialabbau, der in der Geschichte des Saarlandes ohne Beispiel sein wird. Dieser rigide Sparzwang wird eine Rot-Stift-Politik für Jahrzehnte zementieren und jegliche alternative Landespolitik unmöglich machen. Der Charakter dieses Sparzwanges ist nichts anderes als eine weitere gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Es liegt doch auf der Hand, dass diejenigen, die gerade mit Milliarden Euro Steuergeldern Banken und Konzerne bedienen, nun „unten“ das Geld dafür eintreiben wollen.

DKP: Die Reichen sollen zahlen!

Für die Bewältigung der Finanzkrise des Saarlandes sollen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die dafür nicht verantwortlich sind. Für die Verschuldung des Landes sind nicht die lohnabhängig Beschäftigten verantwortlich. Es sind Altlasten der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur und der ihr dienenden Politik, von kapitalistischen Krisen und Ausbeutung. Von den Stahlbaronen und anderen Konzernen wurde das Land ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Enormen Gewinnen der saarländischen Großbetriebe in den letzten Jahren – Dillinger Hütte, Saarstahl, Ford, ZF, Bosch und andere. – stehen Löhne und Gehälter weit unter Bundesdurchschnitt entgegen, mit allen Folgen auch für die öffentlichen Kassen.



Die hauptsächlich von der CDU und FDP geprägte Landespolitik diente und dient diesen Interessen. Auch die SPD-Lafontaine-Regierung rüttelte nicht an diesen Ausbeutungsstrukturen.

Nutznieser dieser Zustände waren und sind die Banken und das große Kapital. Sie wurden und werden zur Tilgung der entstandenen Defizite im Landeshaushalt aber nicht herangezogen. Deren Profite haben sich in

die bekannten Taschen von Aktionären und Spekulanten verflüchtigt. Die DAX-Konzerne machen satte Gewinne. Es gibt in dieser Situation skandalöse Bonuszahlungen und satte Dividenden.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Saarländer haben sich demzufolge in den zurückliegenden Jahren rapide verschlechtert: Längere Arbeitszeiten, ungenügende Löhne, zudem Lohnrückstand gegenüber der übrigen BRD, steigendes Renteneintrittsalter, Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Armut und Ungleichheit, soziale Unsicherheit, Anstieg der prekären Beschäftigung durch befristete Arbeitsverhältnisse, immer mehr Mini-Jobs und Leiharbeiter bestimmen das Leben. Das Saarland hat in vielen Bereichen im negativen Sinne Spitzenplätze – Ergebnisse der Agenda 2010 und von Hartz IV. Fast 20 Prozent aller Beschäftigten sind Leiharbeiter unter prekären Bedingungen. Die Folgen der Arbeitsplatzvernichtungen im Bergbau, die Bedrohung der Arbeitsplätze an den sogenannten verlängerten Werkbänken, vor allem in und um die Automobilindustrie, sind nicht abzusehen. Viele Pendler werden in Folge der Krise ihren Arbeitsplatz in Luxemburg verlieren.

Erst Kurzarbeit – dann Entlassungen

Die Zahlen vom saarländischen Arbeitsmarkt in diesem Jahr sind ein Alarmsignal. Fast 200 Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt inzwischen über 36 500 – das sind fast zehn Prozent der Beschäftigten – und liegt im Vergleich mit allen anderen Bundesländern mit Abstand am Höchsten. In nur einem Monat, von Ende Dezember 2008 bis Ende Januar 2009, ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Menschen sprunghaft angestiegen; das sind allein im Regionalverband Saarbrücken 1640 Menschen mehr als im Monat davor. Immer weniger offene Stellen werden gemeldet. Für die Langzeitarbeitslosen wird die Chance, überhaupt in ein normales Beschäftigungsverhältnis zu kommen, aussichtloser. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, die vor ein paar Monaten noch euphorisch vermeldet wurde, ist schon wieder vorüber. Die Krise ist aber nicht vorbei, wir stehen erst am Anfang.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes verzeichnet die saarländische Industrie zum Jahresende Auftragsrückgänge um 28,6 Prozent, allein in der Metallbranche um 33 Prozent. Die Stahlindustrie verzeichnete im Januar Auftragseinbrüche um 30 Prozent und schickt 2000 Mitarbeiter in Kurzarbeit. Ford Saarlouis hat befristete Stellen gekündigt und für 5000 Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet. Bosch kündigt Entlassungen an. In fast allen Automobilzulieferbetrieben wird Kurzarbeit gefahren. Nachdem Belegschaften Urlaubs- und Freizeitkonten „abfeiern“ mussten, kommen jetzt die Kurzarbeit in nie erwartetem Ausmaß und dann der Stellenabbau. Erst kommt die Kurzarbeit, dann folgen die Entlassungen!

Diese Entwicklungen machen deutlich, welches Ausmaß an Arbeitslosigkeit, an Sozialabbau, an negativen Veränderungen in den Lebensverhältnissen der Arbeitenden im Saarland zu erwarten ist.

Die daraus entstehende Angst der Menschen angesichts unsicherer Zukunft nutzen Neonazis, insbesondere die NPD, mit ihrer sozialen Demagogie mehr Einfluss auch bei Wahlen zu gewinnen. Es ist das erklärte Ziel dieser Kräfte, sich im Windschatten der Krise als „legitime“ Strömung zu verankern. Gefördert wird dies durch eine Politik der Herrschenden, die die Krise und deren Ursachen nicht bekämpft.

Geld ist genug da

Offensichtlicher als jemals zuvor ist die Tatsache, dass Geld genug da ist, die Probleme zu lösen. Dass es aber eine Frage der Verteilung ist, die endlich zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung neu geregelt werden muss. Auch das Konjunkturpaket II entpuppt sich als eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Was als Entlastung für die unteren und mittleren Einkommenschichten propagiert wird, bewegt sich im Taschengeldformat.

Die in diesem „Paket“ jeweils für 2009 und 2010 vorgesehenen 25 Milliarden Euro sind Peanuts angesichts dessen, was die CDU-SPD-Bundesregierung ansonsten in die Hand nimmt. Da gibt es schon mal locker 500 Milliarden Euro, um dem maroden privatkapita-

listischen Bankensektor auf die Sprünge zu helfen. Locker werden Bürgschaften und Kredite für Konzerne in Aussicht gestellt, ohne konsequent die kapitalistischen Eigentümer zur Verantwortung zu ziehen. Allein für die Hypo-Real-Estate wurden bis jetzt über 100 Milliarden Euro hingeblättert. Mit dieser Summe alleine wäre das Saarland zehnmals schuldenfrei geworden!

Wir Kommunisten treten ein:

- Für einen Richtungswechsel, eine Wende zu einer anderen Verteilungspolitik, für mehr Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft! Für die Ablehnung der sogenannten „Schuldenbremse“ für das Saarland! Wir sind strikt gegen die Verankerung der Rot-Stift-Politik in der Landesverfassung!
- Für ein Landesentwicklungsprogramm, in dessen Mittelpunkt die Zukunft der Arbeit steht und die Massenarbeitslosigkeit und soziale Not bekämpft werden können, Bildung und Gesundheit für alle gesichert wird!
- Für ein antifaschistisches Aktionsprogramm, um zu verhindern, dass Nazis und Neofaschisten vor dem Hintergrund der sozialen Auswirkungen der Krise weiter an Einfluss gewinnen. Wir sind für das sofortige Verbot der NPD und jeglicher neonazistischer und faschistischer Propaganda!



Wir Kommunisten fordern:

- Eine Politik, die dem Grundsatz folgt: Der Mensch kommt vor dem Profit!
- Deshalb strukturelle Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals!
- Überführung der Banken, Versicherungen und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle!
- Sicherung der Sparkassen, Öffentlichen Banken und des Gemeinwesens vor Privatisierung – keine weiteren Privatisierungen von öffentlichem Eigentum!

**Der Mensch geht vor Profit!
Am 7. Juni bei den EU-Wahlen –
DKP wählen!**



- Mehr Mitbestimmung – Beteiligung von Vertretern von Belegschaften, der Gewerkschaften, der demokratischen Verbände und Initiativen zur Kontrolle des Finanz- und Wirtschaftssystems!
- Eine wirksame Steuerreform, zu Lasten des großen Kapitals und der Banken!
- Eine 5-Prozent- Millionärssteuer für die 800 000 Millionäre!
- Maßnahmen zur Stärkung der Binnen- nachfrage - Überwindung des Lohn- rückstandes im Saarland!
- Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Massenkaukraft der unteren und mittleren Einkommensschichten durch gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung von Renten, Arbeitslosengeld, Hartz IV!
- Runter mit der Mehrwertsteuer, weg mit Studiengebühren. Erhöhung des Spitzensteuersatzes!
- Arbeitszeitverkürzung statt die Sozial- kassen zur Finanzierung der Kurzarbeit zu leeren!
- Wir Kommunisten unterstützen die For- derung „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ und rufen auf zur Groß-Demonstration am 28. März in Frankfurt!

Milliarden werden in die Aufrüstung der Bun- deswehr zu einer weltweit einsetzbaren Inter- ventionsarmee und in die aktuellen Aus- landseinsätze verschwendet. Kriege und Kriegseinsätze lösen die Probleme nicht. Sie verschärfen sie. Sie kosten Milliarden und töten. Die Alternative ist und bleibt die welt- weite Abrüstung.

- Wir fordern deshalb eine friedensorien- tierte und demokratische Landespoli- tik, um den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Rechnung zu tragen, die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden.
- Wir fordern deshalb eine Landespolitik, die zum Ziel hat, alle Truppenteile, die auf Auslandseinsätze ausgerichtet sind, so auch die der Saarlandbrigade, aufzulösen.

- Wir fordern vom saarländischen Land- tag ein Verbot jeglicher Propaganda für militärische Organisationen z.B. durch Bundeswehroffiziere an Schu- len, in Arbeitsagenturen oder Beteili- gungen an Messen und Ausstellungen. All dies würde Mittel freimachen für die Lösung vieler Aufgaben.
- Wir rufen auf zu den Demonstrationen gegen die NATO am 3. und 4. April in Straßburg und in Baden-Baden! Nein zu dieser Kriegsmaschinerie!

Wenn sich die Arbeits- und Lebensverhältnis- se im Saarland wirklich ändern sollen, müs- sen für solche Veränderungen Initiativen er- griffen und entschlossen für deren Durchset- zung gekämpft werden! Dabei haben die Ge- werkschaften eine zunehmende Verantwor- tung und ihr Verhalten wird entscheidend sein. Das Saarland muss über den Bundesrat aktiv werden für diese Forderungen und die Zukunft des Saarlandes! Das gilt besonders für zukünftige Landesregierungen.

Aber nur auf Wahlen und einen Regierungs- wechsel zu setzen ist keine Garantie für Ver- änderungen. Auch nicht dafür, dass Mehr- heitsmeinungen der Bevölkerung Eingang in die Landespolitik finden. Für Veränderungen muss Druck gemacht werden. Die Verdi- Zeitung „Publik“ sieht die Notwendigkeit dar- in, aktiv zu werden „Bis die Straße kocht“. Dem stimmen wir zu! Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt!

Saarbrücken, den 5.03.2009

Info-Box:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses UZ-Probeabo
- zu Veranstaltungen der DKP eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:.....

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:

DKP Saarland, Sittersweg, 83, 66113 Saarbrücken,
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de

(v.i.S.d.P.: A. Moses)